



## **PRESSEMITTEILUNG**

Niedersächsische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene,  
Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, Editha Westmann MdL



### **Kulturförderung für Heimatvertriebene in arger Bedrängnis**

#### **BERLIN BESCHLIESST WEITERE KÜRZUNGEN**

Die Niedersächsische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Editha Westmann MdL, blickt mit Sorge auf die laufenden Beratungen des Bundestags zum Kulturetat des Bundeshaushalts 2023. „Trotz der beklemmenden Aktualität von Flucht und Vertreibung in Europa behandelt die Bundesregierung die Kultur unserer eigenen Heimatvertriebenen stiefmütterlich. Es ist zu befürchten, dass Berlin die ohnehin schon knapp bemessenen Fördermittel weiter kürzt. Schon jetzt werden bundesweit keine neuen Projekte mehr genehmigt. Angesichts der historischen Dimension dieses Themas (12 Millionen Heimatvertriebene und 4 Millionen Aussiedler und Spätaussiedler) und der zahlreichen Bezugspunkte zu Flucht, Deportation und Vertreibung in Millionen deutscher Familien ist das völlig unverständlich“, so die Landesbeauftragte Editha Westmann.

Gegenüber den Landsmannschaften der Heimatvertriebenen hat Kulturstaatsministerin Claudia Roth bereits angekündigt, die Grundsätze der Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz überarbeiten zu wollen. Obgleich diese Pläne noch nicht weiter skizziert wurden, ist damit die Drohkulisse gar radikaler Kürzungen aufgebaut. Editha Westmann weist darauf hin, dass es über ein Dreivierteljahrhundert nach dem Zweiten Weltkrieg die Heimatvertriebenen und Spätaussiedler betreffend viele Blindstellen gibt. „Die veranschlagten Zahlen der zivilen Opfer unter den Heimatvertriebenen liegen beispielsweise bis heute um Hunderttausende auseinander. Damit dürfen wir uns nicht abfinden. Mit unserem Projekt zu den ostdeutschen Heimatsammlungen haben wir gezeigt, dass es in vielen niedersächsischen Kommunen ein wachsendes Bewusstsein für den Erhalt und die Pflege der Kultur der Heimatvertriebenen gibt. In Niedersachsen und bundesweit gehört das Thema in die Schulen und an die Universitäten, es gehört in die Mitte unserer Gesellschaft und dementsprechend angemessen gefördert.“

Hannover, den 9. September 2022